

## Grußwort

der Ministerin für Bundesangelegenheiten,

Europa und Medien,

Dr. Angelica Schwall-Düren,

anlässlich des DJV-Verbandstages 2010

am Montag, 8. November

um 16 Uhr in der Grugahalle in Essen

(ca. 15 Minuten)

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Journalisten müssen zwar auf eine geschützte Berufsbezeichnung verzichten.

An *Berufsbeschreibungen* aber mangelt es nicht. Ich habe eine gefunden, die bedauerlicherweise von zeitloser Trefflichkeit ist:

„Journalisten sind Menschen, die in einem anderen Beruf mit weniger Arbeit mehr Geld verdient hätten.“ Das Zitat stammt von einem ausgewiesenen Experten in Berufs-Fragen. Es stammt von Robert Lembke, der selber lange Zeit erfolgreicher Journalist war. Dass er auch als Quizmaster gearbeitet hat, mag vielleicht an eben jener Erkenntnis gelegen haben.

Es geht im Grunde darum, dass sich immer jemand findet, der den Idealismus mancher Journalisten ausnutzt. Und dass sich immer Journalisten finden, die das mit sich machen lassen. Von welcher Seite man es auch betrachtet: Dass die journalistische Arbeit dringend mehr Wertschätzung erfahren muss, ist offensichtlich.

Bei Stundenlöhnen, die in Extremfällen bei 1,60 Euro liegen, muss man sich wirklich fragen: Wie sollen Menschen davon leben? Können wir das verantworten, wenn wir noch einen professionellen Journalismus wünschen?

Der DJV kämpft seit Jahren für eine angemessene Vergütung - insbesondere der freien Journalisten. Es ist verheerend, dass sie

dabei auf so viel Widerstand treffen. Nun tut es gut zu hören, dass immer mehr Verlage zumindest ankündigen, die neuen mit Ihnen ausgehandelten Regeln für freie Journalisten anzuwenden. Es hat Sie, die Gewerkschaften, viel Arbeit und Ausdauer gekostet. Dafür will ich Ihnen meinen Respekt aussprechen. Denn bei der fairen Vergütung sind wir beim Kernpunkt der Diskussion um die Zukunft der Branche. Eine faire Vergütung ist Voraussetzung für Qualitätsjournalismus. Den will jeder, aber nicht jeder will dafür zahlen.

Demokratische Meinungsbildung funktioniert nur über guten Journalismus. Wir sind auf umfassende, sachliche und verständliche Informationen durch die Presse angewiesen. Auf ihre Kritik, die Kontrolle und die Anregungen – sprich: auf den öffentlichen Dis-

kurs, den sie pflegt. Eine erfolgreiche Demokratie liegt in dieser Öffentlichkeit begründet. Deshalb darf die Leistung der Medien niemals nur als Wirtschafts-, sondern sie muss auch als Kulturgut betrachtet werden. Das müssen wir und das will ich stärker thematisieren.

Besonders jungen Menschen müssen wir den Zusammenhang zwischen Vergütung und Qualität deutlicher machen. Die sind zwar grundsätzlich an Politik interessiert. Aber es fehlt oft das weitergehende Interesse, Zusammenhänge begreifen zu wollen. Sie wissen nicht, wie und wo sie sich am besten informieren sollen. Das muss sich ändern und daran möchte ich mit Ihnen gemeinsam arbeiten.

Nordrhein-Westfalen ist das Land mit der größten Zeitungsvielfalt. Wenn wir diese Vielfalt sichern wollen und mit ihr die Qualität der Berichterstattung, müssen wir deren Wert unseren Jugendlichen deutlich machen. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel nennen, wie wir dies derzeit angehen. Die Landesregierung hat mit den Zeitungsverlagen in Nordrhein-Westfalen die bundesweit größte Zeitungsinitiative für Schulen ins Leben gerufen. Das Projekt „ZeitungsZeit Nordrhein-Westfalen“ richtet sich an alle neunten Klassen. Drei Monate lang werden 860 Schulen mit regionalen Tageszeitungen beliefert. Wir stellen Unterrichtsmaterialien bereit und bieten Qualifizierungsveranstaltungen.

Es stimmt, dass nur jeder zweite Jugendliche zu den regelmäßigen Lesern gedruckter Tageszeitungen gehört. (Quelle Media-Analyse 2010).

Aber nicht nur verschiedene Studien, sondern auch unsere ersten Erfahrungen mit dem Projekt haben gezeigt: die Tageszeitung genießt bei Jugendlichen einen guten Ruf. Sie schätzen vor allem ihre Glaubwürdigkeit.

Ich hoffe, dass wir mit dem Projekt das Verständnis der Jugendlichen für gesellschaftliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge fördern. Dass Jugendliche lernen, Informationen und ihre Quellen einzuordnen und zu bewerten. Dass sie lernen, dieses Wissen und diese Fähigkeiten für ihre eigene Lebensplanung zu nutzen. Und am Ende sollen sie guten Journalismus wert-

schätzen. Sie sollen verstehen, warum es sich lohnt, dafür zu bezahlen.

Wir kennen alle die Gründe und Begründungen dafür, wieso die Finanzierung des Journalismus so schwierig geworden ist. Die Herausforderungen für Verlage sind enorm: Die wirtschaftliche Krise, das veränderte Medienverhalten, die Suche nach Geschäftsmodellen. Vieles ist auf dem Prüfstand – selbst das Bekenntnis der Verlage zum traditionellen Vertriebssystem über den Grosso wird derzeit auf die Probe gestellt.

Einen Teil des Verlustes durch das Anzeigengeschäft konnten die Verlage durch Preiserhöhungen wettmachen. Aber an dieser Schraube lässt sich nicht viel weiter drehen. Genauso wie die Einsparungen durch

Personalkürzungen in den Redaktionen längst an ihre Grenze stoßen.

Auch wenn die Werbe-Einnahmen wieder leicht ansteigen: Die Auflagen sinken weiter, und weil kaum noch Leser der gedruckten Zeitungen nachwachsen, bleibt ein strukturelles Problem zu lösen. Die Politik kann kein neues Geschäftsmodell für Verlage entwickeln. Sie kann aber sehr wohl mit rechtlichen Rahmenbedingungen für notwendige Beweglichkeit sorgen. Für eine Beweglichkeit, die sie brauchen, um sich etwa zu Medienhäusern zu entwickeln.

Die Politik kann auch ein Leistungsschutzrecht prüfen. Dass Verlage dies einfordern, ist sehr gut nachvollziehbar.

Es wird derzeit heftig gestritten über die Verteidigung des Zitat- und Informationsrechts, der Abwehr einer staatlichen Zwangsabgabe und den Schutz geistigen Eigentums.

Die Berliner Koalition wird noch viele Details klären müssen, bevor sie ein Leistungsschutzrecht auf den Weg bringen kann.

Dazu gehört für mich die Frage, wie nicht nur die Rechte der Verlage, sondern auch die der Autoren geschützt werden können. Für diesen Schutz können wir von hier aus aber nur appellieren. Die rechtliche Regelung muss vom Bund kommen.

Ein Leistungsschutzrecht ersetzt natürlich kein Geschäftsmodell. Aber anders als noch vor einem Jahr, höre ich jetzt von Verlagen optimistischere Töne. Es mehren sich Meldungen, dass Leser für Artikel im Internet bezahlen. Dass Werbekunden doch eher von informativen Artikeln als von Boulevard profitieren – und so substanzielle Geschichten refinanzieren können. Dass sich durch Soziale Netzwerke wie Facebook neue und vielversprechende Verbreitungsmechanismen auftun und den Zeitungen neue und junge Kunden bescheren.

Allen Meldungen zu Grunde liegt eine Einsicht: Egal ob über mobile Medien, online oder gedruckte Zeitung: Die Zukunft des Journalismus ist nur durch Qualität zu garan-

tieren. Sie ist keine Frage des Mediums, sondern der Ressourcen.

Und da sind wir wieder bei dem Umgang mit denen, die die Qualität liefern sollen. Bei Ihnen, den Journalistinnen und Journalisten. Das Berufsbild wird sich ändern, neue Anforderungen kommen hinzu. Journalisten müssen neue Techniken bedienen können. Sie müssen stärker mit Lesern in den Dialog treten. Wir können Journalisten hier in Nordrhein-Westfalen gut ausbilden. Zum Beispiel hier in Essen (Journalistenschule Ruhr der WAZ), natürlich auch in Dortmund (Institut für Journalistik), natürlich auch in Köln (Kölner Journalistenschule, RTL-Journalistenschule, Macromedia Hochschule). Aber nur gute, das heißt auch gut motivierte und gut honorierte Journalisten können dafür sorgen, dass der Nutzen

der Digitalisierung realisiert werden kann und die Risiken vermieden werden.

Denn eines dürfen wir nicht vergessen. Niemand wird *automatisch* neue Kunden im Internet finden. Wer wenig liest, der liest auch im Internet nicht viel. Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat zu Recht erneut davor gewarnt, dass das Internet die Gesellschaft spalten kann. In einen großen Teil, der vom Weltgeschehen nichts mehr wissen will. Und eine kleine Elite, die sich weiterhin informiert.

Hier schließt sich der Kreis: Wir brauchen mehr gute Journalisten, die die Leserinnen und Leser von heute und morgen von dem Wert ihrer Arbeit überzeugen können. Und gleichzeitig brauchen wir eine Öffentlichkeit,

die gezielt Qualitätsjournalismus nachfragt. Keins von beiden kommt von selbst, keins von beiden ist umsonst zu haben. Der Schulabschluss zwischen Bildungspolitik und Medienbranche ist hier unentbehrlich.

Wir versuchen alle Akteure zusammen zu bringen. Zum Beispiel über unsere Zeitungsinitiative. Wir haben schon viele positive Rückmeldungen bekommen. Einige Schüler haben wir auf die Idee gebracht, selbst Journalist zu werden. Es wäre schön, wenn diese Schülerinnen und Schüler nicht mehr meinen müssten, in einem anderen Beruf mit weniger Arbeit mehr Geld verdienen zu können. Das ist ein mutiges Ziel. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen.